



Interpellation

Interpellation Roland Gehrig: Realisierung des Kantonalen Oberstufenkonzeptes in der Stadt St.Gallen; schriftlich**Interpellation Trudy Cozzio-Heuberger/Patrizia Adam-Allenspach: Oberstufenkonzept - KKSS - Untergymnasium; schriftlich**

Roland Gehrig und 15 mitunterzeichnende Mitglieder des Grossen Gemeinderates reichten am 23. September 2003 die Interpellation "Realisierung des Kantonalen Oberstufenkonzeptes in der Stadt St.Gallen" ein. Zum selben Themenkreis ging am 28. Oktober 2003 die von Trudy Cozzio-Heuberger und Patrizia Adam-Allenspach sowie weiteren 25 Mitgliedern des Grossen Gemeinderates unterzeichnete Interpellation "Oberstufenkonzept - KKSS - Untergymnasium" ein (vgl. Beilagen).

Der Stadtrat behandelt die beiden Interpellationen, welche den gleichen Themenkreis betreffen und sich in den einzelnen Fragen ergänzen, in einer schriftlichen Antwort.

1. Die beiden Interpellationen gingen auf kommunaler Ebene zu einem Zeitpunkt ein, als auf kantonaler Ebene ebenfalls zwei Interpellationen zur Katholischen Kantonssekundarschule (KKSS) und zum Oberstufenkonzept eingereicht worden waren. Da die kantonalen Interpellationen auch Fragen zur Schulorganisation in der Stadt St.Gallen aufwerfen, hat der Stadtrat zuhanden des Erziehungsdepartementes zur Oberstufenproblematik in der Stadt St.Gallen, namentlich zur Frage einer allfälligen Eröffnung einer Realschule an der KKSS Stellung genommen. Der Stadtrat nimmt die Gelegenheit wahr, nebst der Beantwortung der in den Interpellationen gestellten Fragen auch seine Haltung zur Oberstufenproblematik und zum Oberstufenkonzept in der Stadt St.Gallen darzulegen.

2. Die Oberstufenproblematik in der Stadt St.Gallen resultiert aus der besonderen Wettbewerbssituation mit verschiedenen Schulträgern auf der Sekundarstufe I. Wichtigste Schulträger sind nebst der Politischen Gemeinde St.Gallen als Trägerin der städtischen O-



berstufenschulen der Katholische Konfessionsteil mit der Katholischen Kantonssekundarschule (KKSS) und der Kanton St.Gallen mit dem Untergymnasium. Diese Wettbewerbssituation bei den Oberstufenschulen der Stadt ist Grund dafür, dass in den städtischen Oberstufenschulen das Kantonale Oberstufenkonzept nicht integral umgesetzt werden kann. Das Oberstufenkonzept geht im Interesse einer optimalen Förderung und Sozialisierung der Jugendlichen davon aus, dass Sekundar- und Realschülerinnen und -schüler in einem gemeinsamen Schulhaus im Verhältnis von 2:1 beschult werden. Die im Kanton überwiegend praktizierte "Kooperative Oberstufe" sieht die Zusammenarbeit der beiden eigenständig geführten Typen Sekundarschule und Realschule auf der Basis einer gemeinsamen Schulkultur vor, wo immer dies möglich ist.

Das Verhältnis von 2:1 zwischen Sekundar- und Realschulklassen kann in den städtischen Oberstufenschulen nicht erreicht werden. Würden alle städtischen Oberstufenschulen als Oberstufenzentren geführt und die nach dem Übertritt in die Oberstufe den städtischen Oberstufenschulen verbleibenden Oberstufenschülerinnen und -schüler (aktuell 544 für die Sekundar- und 902 für die Realschule) gleichmässig auf die einzelnen Schulen verteilt, ergäbe sich ein Verhältnis von 37 % Sekundar- zu 63 % Realschülerinnen und -schülern. Damit stünde die städtische Verteilung im umgekehrten Verhältnis zu den Vorgaben des Kantonalen Oberstufenkonzeptes. Die Stadt hat sich dennoch entschieden, Oberstufenzentren zu führen. Als Ausgleich werden daneben reine Realschulzentren betrieben. Die mit dem Kantonalen Oberstufenkonzept angestrebte Gleichwertigkeit der Realschule durch eine Angliederung an die grössere Sekundarschule mit der Erwartung eines positiven sozialen und leistungsfördernden Einflusses ist damit nur in den bestehenden zwei Oberstufenzentren erfüllbar.

Als Lösungsansatz für eine ausgeglichene Verteilung des Anteils Realschülerinnen und Realschüler im Verhältnis zu Sekundarschülerinnen und Sekundarschülern wurde bereits verschiedentlich das Führen von Realklassen an der KKSS diskutiert. Mit dieser Frage hat sich eine Reflexionsgruppe der KKSS im Sommer 2003 erneut auseinandergesetzt und Überlegungen zur Weiterentwicklung der KKSS angestellt. Sie hat dazu auch die Meinungen des Erziehungsdepartementes und der Stadt eingeholt. Das Erziehungsdepartement hat der KKSS signalisiert, dass die Eröffnung einer Realschule zwar theoretisch im Interesse der übrigen Schulträger und des Kantons liegen und quantitativ die bestehenden Realschulen in einem gewissen Masse entlasten könnte. Es folgt in qualitativer Hinsicht aber der stadträtlichen Beurteilung, wonach Realklassen an der KKSS die übrigen Realschulen benachteiligen und die heutige Situation an den städtischen Oberstufenschulen verschlechtern würden. Würde nämlich die KKSS Schülerinnen und Schülern für die eigenen Realklassen in gleicher Weise wie die Sekundarschülerinnen und -schüler nach den bestehenden Auswahlkriterien



frei auswählen, würden auch in die Realklassen der KKSS überwiegend leistungsfähigere und leistungswilligere Schülerinnen und Schüler christlichen Glaubens und christlicher Kultur aus meist gefestigten sozialen Verhältnissen eintreten. Dies führte dazu, dass der Anteil an Ausländerinnen und Ausländern einerseits, aber auch an Schweizerinnen und Schweizern aus schwierigen sozialen Verhältnissen andererseits in den städtischen Realklassen noch dominierender würde. Die in den Sekundarschulen bereits gezwungenermassen praktizierte Separation würde auf die Realschulen ausgedehnt. Eine Folge davon wäre eine weitere Verschärfung der Problematik der schulischen und gesellschaftlichen wie auch der beruflichen Integration der Real- und Sekundarschülerinnen und -schüler. Diese Beurteilung verdeutlichen die nachfolgenden Übertrittszahlen in die ersten Oberstufenklassen:

Schulübertritt 2003 städtischer Schülerinnen und -schüler

	KKSS	städtische Sekundarschulen	städtische Realschulen
Schweizerinnen/ Schweizer	156	128	147
Ausländerinnen/Ausländer	24	48	168
Total Nationalitäten	180	176	315
Katholikinnen/Katholiken Evangelische	164	101	148
Musliminnen/Muslims	0	20	95
Zugehörige zu anderen Religionen	16	55	72
Total Religionen	180	176	315

Auffallend ist der im Vergleich zur KKSS äusserst hohe Ausländeranteil in den städtischen Schulen. Zudem sind es fast ausschliesslich Schülerinnen und Schüler christlichen Glaubens, die den Unterricht in der KKSS besuchen. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler nichtchristlichen Glaubens an der KKSS ist eher unbedeutend. Dem Bild homogener Klassen bezüglich Herkunft und Religion an der KKSS stehen heterogene Klassen in den städtischen Oberstufenschulen, insbesondere in den Realschulen gegenüber mit Ausländerinnen und Ausländern, die zum überwiegenden Teil in fremden Kulturen verwurzelt und nichtchristlichen Glaubens sind. Dies wirkt sich direkt im Schulalltag aus mit den bekannten Erschwernissen im Unterricht und bei Schulanlässen (Erreichen der Lehr- und Lernziele, Durchführung von Schulanlässen, Elternmitwirkung) und im erhöhten Aufwand zur schulischen und gesellschaftlichen Integration der Schülerinnen und Schüler sowie in der zunehmend geringeren Bereitschaft von Eltern in gefestigten sozialen Verhältnissen, ihre Kinder in die Realschule zu schicken.



Die KKSS steht in der Tradition der St.Galler Klosterschule und versteht sich als christliche Schule katholischer Prägung. Sie ist dem Erziehungsauftrag der Katholischen Kirche verpflichtet. Eltern, die ihre Kinder in die KKSS zur Schule schicken, erklären sich explizit mit der konfessionellen Ausrichtung der Schule einverstanden. Damit schafft die KKSS eine Eintrittsbarriere für all jene Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern, welche sich mit dem entsprechenden Leitbild der KKSS nicht einverstanden erklären können. Dies trifft vor allem für Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens zu, welche in der Folge die städtischen Oberstufenschulen besuchen. Dies lässt den Ausländeranteil an den städtischen Realschulen steigen. Landläufig wird ein hoher Ausländeranteil schlagwortartig gleichgesetzt mit tiefer Schulqualität und hohem Gewaltpotenzial, was wiederum mit einer gesamthaft schlechten Schulsituation gleichgesetzt wird. Damit nimmt das Ansehen der städtischen Oberstufenschulen weiter Schaden, während der Besuch der KKSS noch erstrebenswerter wird. Oder anders gesagt: In dem Masse, wie die Attraktivität der städtischen Oberstufenschulen sinkt, steigt diejenige der KKSS.

Unter diesen Bedingungen kann der Stadtrat die Idee, an der KKSS Realklassen zu führen, um damit das Oberstufenkonzept umzusetzen, nicht unterstützen. Er hat sich deshalb für die Beibehaltung des Status quo als beste der mit den heutigen Schulstrukturen möglichen Lösungen ausgesprochen. Der Stadtrat stellt sich der Umsetzung des Oberstufenkonzeptes an der KKSS dann nicht entgegen, wenn der Zutritt für alle städtischen Schülerinnen und Schüler unbesehen von Nationalität, Herkunft und Religion ohne Eintrittsbarrieren möglich ist. Nur wenn alle Oberstufenschulen in der Stadt Real- und Sekundarklassen mit freiem Zugang für alle Schülerinnen und Schüler führen, wird sich die Situation der städtischen Schulen in der gegebenen Wettbewerbssituation nicht verschlechtern. Die gewünschte Durchmischung der Klassen findet dann ebenso statt wie die Veränderung des Anteils Real- und Sekundarklassen zu einem ausgewogeneren Verhältnis.

Auch unter dem jetzigen Status bleibt das langfristige Ziel des Stadtrates, zusammen mit dem Erziehungsdepartement, dem Erziehungsrat und den heutigen Trägern öffentlicher Oberstufenschulen dahin zu arbeiten, dass in der Stadt Real- und Sekundarschülerinnen und -schüler ausschliesslich in Oberstufenzentren nach kantonalen Vorgaben (Kooperative Oberstufe) beschult werden.

3. Die KKSS ist traditionsgemäss in der Region St.Gallen fest verankert. Sie geniesst die Unterstützung einer breiten, christlichen und/oder der Katholischen Kirche nahestehenden Bevölkerungsschicht. Diese pflegt den guten Ruf, den die KKSS in der Öffentlichkeit hat. Die Schulqualität ist auf einem hohen Stand. Unterschiede zwischen KKSS und städtischen



Schulen gibt es in der Zusammensetzung der Schülerschaft. Bezüglich der Schulqualität und der Leistungen der Schulen sind KKSS und städtische Schulen aber gleichwertig.

4. Die städtischen Oberstufenschulen stehen nicht nur mit der KKSS, sondern auch mit dem Untergymnasium in Konkurrenz. Jährlich treten durchschnittlich 30 Schülerinnen und Schüler aus der Stadt St.Gallen ins Untergymnasium ein.

Mit dem Untergymnasium kann die Kantonsschule einen sechsjährigen ununterbrochenen Mittelschullehrgang anbieten, wie er u.a. im Mittelschulgesetz vorgesehen ist. Das Untergymnasium bringt eine Frühselektion für intellektuell besonders begabte Jugendliche und damit ein auf erhöhte Leistungsfähigkeit zugeschnittenes Lernangebot. Die Selektion begabter Jugendlicher gestattet ein rasches Voranschreiten im Lehrstoff. Unter dem Gesichtspunkt der Begabtenförderung ist das Untergymnasium ein attraktives Schulangebot und gleichzeitig eine weitere Alternative zu den übrigen Oberstufenschulen. Der Stadtrat hat sich 1993, anlässlich der kantonalen Spardebatte zum zweiten Massnahmenpaket zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt, für den Erhalt dieses Bildungsangebotes in der Stadt ausgesprochen. In der Volksabstimmung hat sich die städtische Stimmbürger-schaft klar für den Erhalt des Untergymnasiums und die Finanzierung durch die Stadt ausgesprochen.

Da das Untergymnasium nicht zur Volksschule zählt, wird es von der Diskussion um das städtische Oberstufenkonzept nur insofern erfasst, als es wie die KKSS den städtischen Oberstufenschulen Sekundarschülerinnen und -schülern entzieht und damit ebenfalls Einfluss auf das statistische Verhältnis zwischen Sekundar- und Realschülerinnen und Realschülern nimmt. Aus diesem Grund sollte das Angebot des Untergymnasiums nicht ausgeweitet werden.

5. Die Finanzierung der KKSS ist Sache des katholischen Konfessionsteils. Der Kanton leistet daran Staatsbeiträge im indirekten Finanzausgleich. Diese belaufen sich gemäss Art. 11 der Verordnung zum Finanzausgleichsgesetz auf 43 %, was im Jahre 2002 rund 1,8 Millionen ausmachte. Ausserdem erhält der katholische Konfessionsteil gemäss Art. 8 des Steuergesetzes vom 21.8.2001 in Verbindung mit Art. 4 der Steuerverordnung vom 20. Oktober 1998 einen Anteil an den Steuern der juristischen Personen und der Grundstückgewinnsteuer für die Führung einer Sekundarschule, dessen Höhe von der Aufteilung der Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler mit Wohnsitz in der Stadt zwischen KKSS und städtischen Sekundarschulen abhängt. Im Jahr 2003 waren dies CHF 956'000.



Ohne KKSS hätte die Stadt die Pflicht, alle Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler mit Wohnort in St.Gallen selbst zu beschulen. Zu den bisherigen 569 kämen weitere 453 Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler aus der KKSS hinzu. Ohne Berücksichtigung von Synergieeffekten (Auffüllen von bestehenden Klassen) lässt sich die Grössenordnung der zusätzlichen Kosten wie folgt ermitteln:

Pro Schülerin bzw. Schüler müsste mit Kosten von CHF 15'400 (analog dem vom Kanton verrechneten Schulgeld für das Untergymnasium) gerechnet werden. Dies würde Kosten von rund 7,0 Mio. Franken nach sich ziehen. An zusätzlichen Einnahmen stünden der Betrag der heutigen Steuerauscheidung der juristischen Personen und der Grundstückgewinnsteuer (2003: CHF 956'000), der indirekte Finanzausgleich von 10 Prozent auf den zusätzlichen Lohnkosten (CHF 450'000) und schliesslich die Erhöhung des indirekten Finanzausgleichs als Folge des grösseren Gesamtfinanzbedarfs in der Grössenordnung von 1,0 Mio. Franken zur Verfügung. Dies ergibt zusätzliche Einnahmen von rund 2,5 Mio. Franken. Damit verblieben Mehrausgaben in der Grössenordnung von 4,5 Mio. Franken.

Die Finanzierung des Untergymnasiums als Teil der Kantonsschule ist Sache des Kantons. Gestützt auf Art. 5 des Mittelschutzgesetzes und dem entsprechenden Gebührentarif haben die Wohnsitzgemeinden aber je Schülerin und Schüler ein Schulgeld von CHF 15'400 zu leisten. Daraus erwuchsen der Stadt im Jahre 2003 bei 51 Schülerinnen und Schülern Kosten von CHF 785'400.

6. Mit Blick auf die meist historisch begründete Existenz verschiedener Träger von Oberstufenschulen in der Stadt St.Gallen steht grundsätzlich einer gesunden Konkurrenz zwischen diesen Schulen nichts entgegen. Von einer gesunden Konkurrenz kann aber nur dann gesprochen werden, wenn für alle Schulen etwa die gleichen Bedingungen vorherrschen. Wie bereits einlässlich dargelegt, entziehen die KKSS, aber auch das Untergymnasium der Stadt Sekundarschülerinnen und Sekundarschüler. In vielen Fällen sind es "Zugpferde". Allein dadurch haben die städtischen Oberstufenschulen erhöhte Anstrengungen mit ihren Schülerinnen und Schülern zu unternehmen, um ebenbürtige Leistungen zu erreichen. Darüber hinaus verhindert der Abzug von Sekundarschülerinnen und -schülern die Umsetzung des Oberstufenkonzeptes in der Stadt St.Gallen mit den bekannten negativen Folgeerscheinungen. Von einer Konkurrenz mit gleich langen Spiessen kann somit nicht gesprochen werden.

7. Die KKSS versteht sich als "Werteschule" konfessioneller Prägung. Dieses von der KKSS nach aussen getragene Label "Werteschule" darf nicht in dem Sinne verstanden werden, dass die städtischen Oberstufenschulen keine Wertorientierung pflegen. Im Volksschulgesetz ist die christliche Werthaltung für die öffentliche Volksschule verbindlich vorge-



geben. Diesen Auftrag nehmen die städtischen Schulen ernst. Sie sind dabei der Toleranz, dem Respekt sowie der Idee des Miteinanders in einer multikulturellen und multireligiösen Gemeinschaft verpflichtet. Dieser von den städtischen Schulen eingeschlagene Weg mit Vermittlung von ethischen Grundhaltungen, welche auf einer christlichen Kultur und Wertordnung basieren, beachtet die Verpflichtung der öffentlichen Schule, die Religionsfreiheit zu schützen und den freien Zugang zur Volksschule zu garantieren.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellationen

